

### **Reaktion auf Studie: Konstruktivere Reaktion gewünscht statt Abwiegelreflex**

Die Reaktion des hessischen Kultusministeriums (HKM) auf die gestern vorgelegte Studie des dbb Hessen und der Uni Gießen, wonach diese „nicht repräsentativ“ und die „Zahl der meldepflichtigen Fälle sei nicht gestiegen“ sei, sorgt beim dbb Hessen für Erstaunen und Unverständnis.

„Die Studie wurde mit größter Sorgfalt nach geltenden wissenschaftlichen und empirischen Maßstäben erstellt und besitzt -auch wenn sie wie viele andere Studien formal nicht repräsentativ ist- eine hohe Aussagekraft und Evidenz“, sagt der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

Die Methodik wird im Übrigen in der Studie selbst ausführlich dargelegt. Zudem liegt die Studie dem Ministerium vor.

„Nach der gestrigen Reaktion aus dem Ministerium muss vermutet werden, dass dort offenbar nicht allzu viel von den Problemen in den Schulen vor Ort ankommt“, so Schmitt.

„Denn von vielen befragten Lehrkräften wurde ja genau das kritisiert: Dass die Meldungen von Übergriffen zwar die Schulleitungen erreichen, bei den staatlichen Schulämtern hingegen selten ankämen bzw. häufig von dort keine hinreichende Unterstützung geleistet werde.“

Wenn das HKM berichtet, dass die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse nicht gestiegen sei, so muss man sich ernsthaft fragen, was eigentlich genau passieren muss, bis ein meldepflichtiges Ereignis im Ministerium registriert wird.

„Fälle, in denen ein Schüler einen Tisch nach der Lehrkraft wirft, ihr in den Unterleib tritt, ihr mit dem Stift die Handfläche durchbohrt o. Ä. – wie sie in der Studie von Befragten eindringlich geschildert werden, scheinen demnach nicht zu den meldepflichtigen, im Ministerium ankommenden Ereignissen zu zählen“, wundert sich Schmitt und fragt sich: „Wie muss diese Reaktion aus dem Kultusministerium bei den Lehrkräften ankommen, die in der Vergangenheit Opfer geworden sind und bereit waren, im Zuge der Befragung darüber zu berichten?“

Schmitt weiter: „Wir hätten uns tatsächlich eine konstruktivere Reaktion des HKM auf die Studie gewünscht.“

Der Kultusminister war selbstverständlich zu unserer Pressekonferenz eingeladen. Wir haben ihm die Studie vorab zur Verfügung gestellt. Selbst wenn er selbst den Termin nicht wahrnehmen kann, so hätte er jemanden aus dem Ministerium damit beauftragen können. Während die Medien angesichts dieses gesellschaftspolitisch so wichtigen Themas ein überragendes Interesse zeigten und u. a. auch der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Dr. Falk, große Betroffenheit zum Ausdruck brachte, war kein Vertreter des HKM zugegen.

„Auch bei dieser nunmehr dritten von uns beauftragten Studie geht es uns nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen. Vielmehr wollen wir Missstände aufzeigen und konstruktiv auf Verbesserungen drängen. Aber dazu braucht es die Bereitschaft von allen, mitzuwirken“, sagt Schmitt.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen  
Pressesprecher, [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de), Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion  
Landesbund Hessen e.V.  
Europa-Allee 103 (Praedium)  
60486 Frankfurt am Main  
Tel. 069 281780  
[mail@dbbhessen.de](mailto:mail@dbbhessen.de)  
[www.dbbhessen.de](http://www.dbbhessen.de)  
VR AG Frankfurt 4291